
3961/J-BR/2021

Eingelangt am 02.12.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Dringliche Anfrage

gem. § 61 GO-BR

der Bundesrät*innen

Mag.^a Daniela Gruber-Pruner, Doris Hahn MEd MA, David Egger, Mag.^a Sandra Gerdenitsch
Genossinnen und Genossen
an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung

**betreffend: Corona-Chaos in Kindergärten, an Schulen, Fachhochschulen und
Universitäten – Herr Minister haben Sie aus zwei Jahren Krise nichts gelernt?**

Die Republik befindet sich im vierten Corona-Lockdown. Mit Ausnahme der Lohnarbeit – die tunlichst im Homeoffice verrichtet werden soll, sofern dies überhaupt möglich ist – und zum Teil der Schulen bzw. Kindergärten ist das Land heruntergefahren.

Der Grund dafür liegt im verfehlten Corona-Management der Regierung, das einmal mehr nach dem Prinzip „Zu spät, zu zögerlich, zu langsam“ erfolgt ist und letzten Endes dazu geführt hat, dass alle Menschen in Österreich - egal ob geimpft oder ungeimpft - nun gemeinsam die Versäumnisse der Regierung ausbaden müssen. Für viele Menschen, die jetzt wieder in Kurzarbeit gehen, bedeuten die Maßnahmen Einbußen beim Einkommen und in Verbindung mit der starken Teuerung eine massive Verschärfung ihrer gesamten Lebenssituation. Sind noch dazu Kinder oder Jugendliche im Haushalt, steigt der Druck nochmals immens, weil diese von Distance Learning und wechselnden Coronamaßnahmen an Schulen besonders betroffen sind. Hinzu kommt noch die nun fast zwei Jahre andauernde Unsicherheit - Unsicherheit über die Zukunft, die eigene gesundheitliche Situation, oder die langfristigen Auswirkungen der Pandemie. Die Situation ist für die Menschen kaum mehr erträglich.

Diese Unsicherheit betrifft Kinder und Jugendliche besonders stark. Einerseits sind sie vollwertige Teile unserer Gesellschaft und nehmen als solche gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auf und die angespannte Grundstimmung wahr. Andererseits sind sie eine besonders verletzbare Gruppe, die auf Grund fehlender Möglichkeiten der Partizipation besonders darauf angewiesen ist, dass Entscheidungen, die sie betreffen besonders sorgfältig abgewogen werden. Das betrifft insbesondere den Bereich der Bildung und Ausbildung von Jugendlichen, der einen der größten Anteile an ihrem täglichen Leben hat.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Studien, Alarmschreie von Expertinnen und Experten: die hohen Patient*innenzahlen auf den Kinder- und Jugendpsychiatrien zeigen eindrucksvoll diese besondere Betroffenheit. Eine Studie der Donau-Universität Krems weist aus, dass sich die psychische Gesundheit von Schüler*innen enorm verschlechtert hat. Bei 55 Prozent kommt es zu depressiven Symptomen. Seit Monaten wird jedoch dagegen nicht wirksam vorgegangen. Viele der bereits zuvor bekannten Problemfelder im Bildungsbereich wurden durch die Pandemie lediglich verschärft. Corona hat hier als Brennglas fungiert und die Probleme deutlich gemacht. Durch den Entzug eines strukturierten, funktionierenden Bildungssystems wurden diese Probleme noch schwerwiegender und der Druck auf Kinder und Jugendliche noch höher. Wenn dann noch dysfunktionale Lebenssituationen im privaten Bereich hinzukommen – von zu wenig Platz zuhause, über fehlende Ausstattung für den Unterricht, Erkrankungen der Eltern oder Geschwister, bis hin zu psychischer oder physischer Gewalt – kann das von Kindern und Jugendlichen oftmals nicht mehr bewältigt werden.

Insofern ist es mehr als bedenklich, dass der Bildungsminister den zweiten Sommer in Folge verschlafen hat, nahezu alle Fehler des Vorjahres wiederholt und der Herbst 2021 genauso chaotisch verläuft wie der Herbst 2020. Wiederum gab es weder gute Vorbereitungen, noch klare Informationen hinsichtlich des Schulstarts, oder eine klare Kommunikation der Maßnahmen. Bis kurz vor Schulbeginn war unklar, wie der Schulbetrieb anlaufen würde, auch weil die Infektionszahlen bereits im Herbst stiegen und das Infektionsgeschehen zunehmend Fahrt aufnahm – ehe es jetzt im Lockdown gipfelte. Eine Entwicklung, die nicht überraschend kam, sondern vielmehr schon letztes Jahr fast ident vonstattengegangen ist und voraussehbar war.

Dabei müssen einige Feststellungen grundsätzlich zu Beginn getroffen werden:

- In der Debatte wurde der Bereich der Elementarpädagogik, der Hochschulen, aber auch der Lehre zumeist ausgeblendet. Dabei sind diese Bereiche nicht minder wichtig, sondern, im Gegenteil, genauso integraler Bestandteil unserer Bildungslandschaft wie die Schulen. Dass diese jedoch nicht im Interesse der Regierung stehen, ist mehr als bedenklich.
- Die Lebensrealitäten der Eltern und Kinder waren und sind nicht im Blick der Regierung. Während man Bildungseinrichtung kurzerhand schloss, fragte man sich, wie schon die bisherigen Lockdowns zeigten, reichlich spät, was dies für Betreuungspflichten bedeutet. Dass der Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit zu spät und erst auf Druck der SPÖ und der Gewerkschaften kam, ist ein entlarvendes Indiz dafür, wie wenig die Lebensrealitäten von Eltern bzw. Betreuungspflichtigen der Regierung bekannt sind.
- Bildungseinrichtungen an einem Tag zu schließen und am nächsten wieder zu öffnen, ist wenig professionell. Schon gar nicht, wenn man als Bildungsminister am Samstag per Pressekonferenz ankündigt, was am Montag vom Bildungspersonal umzusetzen ist. So verdonnert man Lehrer*innen und Schulleiter*innen zu Wochenend- und Nachtdiensten. Ferien und Schließzeiten von Schulen und Kindergärten sind - mit Ausnahme von Lockdowns - lange zuvor bekannt. Hier braucht es rechtzeitige Planung und kein Fahren auf halbe Sicht.
- Hinzu kommt eine massiv veraltete Infrastruktur der Schulen, fehlende technische Ausstattung und mangelnde persönliche Voraussetzungen wie Raum, Ruhe und Unterstützung für Distance-Learning in vielen Familien – insbesondere, wenn sie mehr als ein Kind haben. Unverständlich ist, weshalb hier bis heute keine langfristige Strategie entwickelt wurde, wie Kinder und Jugendliche nicht nur zu selbstbestimmten Nutzer*innen digitaler Angebote werden können, sondern weshalb man ihnen nicht

genügend Werkzeuge in Form von Hard- und Software für alle Schüler*innen in die Hand legt.

- Das österreichische Bildungssystem zeichnet sich traurigerweise im internationalen Vergleich dadurch aus, dass Bildung stark vererbt wird. Kinder aus sogenannten bildungsfernen Familien haben es enorm viel schwerer, einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern zu machen. Die Situation von Kindern aus solchen Haushalten hat sich durch die Krise weiter verschärft, es wurde und wird kaum darauf reagiert.
- Wie in allen anderen Bereichen wurde auch in der Bildung auf die Held*innen der Corona-Krise vergessen. Es wurde den vielen Menschen, die im Bildungssystem tätig sind, die unter großem persönlichem Einsatz daran mitgewirkt hatten, dass das System am Laufen gehalten werden konnte und nach wie vor wird, bis heute keine finanzielle Anerkennung für ihren Einsatz zuerkannt.

Abgeleitet davon muss aber auch ein Blick auf die einzelnen Einrichtungen gelenkt werden, die von der Krise auf unterschiedliche Art betroffen sind.

Kindergärten und Elementarpädagogische Einrichtungen

Gerade der Bereich der Elementarbildung ist einer, der von der Bundesregierung in der Regel mit einem Verweis auf Zuständigkeitsbereiche und Kompetenzen der Länder, wenig Beachtung findet. Für Ausreden dieser Art ist die Liste der Probleme zu lang und sind die Kindergärten als Einstieg in die Bildungskarrieren unserer Kinder zu wichtig. Insofern braucht es dort einen Fokus, statt einen blinden Fleck der Politik. Die Elementarpädagog*innen und die Kindergärten wurden im politischen Diskurs rund um die Pandemiebekämpfung ausgeblendet. Dabei wäre in diesem Bereich viel zu tun: Mehr Anerkennung, kleinere Gruppen sowie ein besserer Fachkraft-Kind-Schlüssel, höhere Löhne (besonders für die Assistent*innen und Betreuer*innen) und schlussendlich ein bundeseinheitliches Rahmengesetz sind nur ein Teil der Forderungen, die Mitarbeiter*innen in der Elementarbildung im Rahmen ihrer Streiks im Herbst dieses Jahres erhoben¹. Immer prekärer wird die aktuelle Situation in den Elementarbildungseinrichtungen durch viele Krankenstände, Abwanderung von Personal und genereller Personalnot, die dazu führt, dass viele Stellen nicht besetzt werden können. Ein Umstand, der so nicht stehen gelassen werden kann und eines braucht: Entschlossene Antworten, die diese Regierung nicht gibt.

Schulen

Werden die Schulen geschlossen? Gibt es Distance learning? Wird es entlang zentraler Fragen der Lernorganisation eine einheitliche Linie, zumindest innerhalb der Schultypen, geben? All diese Fragen waren am Beginn des aktuellen Lockdowns ebenso offen wie bei den vergangenen drei Lockdowns - zum Leidwesen aller Schüler*innen, Eltern und des Lehrpersonals. Das Bildungsministerium verabsäumte es einmal mehr klar zu kommunizieren. Dabei sollte es doch Konsens aller Parteien und Akteur*innen sein: Alles unternehmen, um geschlossene Schulen oder Bildungseinrichtungen zu verhindern und gleichzeitig alle Schüler*innen bestmöglich vor einer Infektion zu schützen. Die Schließung von Bildungseinrichtungen kann immer nur ultima ratio sein. Das sich aktuell darstellende Infektionsgeschehen ist die Folge falscher oder nicht gesetzter Maßnahmen der Regierung. Warnungen von Expert*innen, Konzepte und Vorschläge der Opposition und im Besonderen der SPÖ wurden bestenfalls ignoriert.

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000130583228/kindergartenstreik-wir-stossen-an-unsere-leistungsgrenzen>

Leidtragende sind jetzt die Schüler*innen, die Eltern und die Lehrer*innen. Bis heute sind die Sicherheitsmaßnahmen mangelhaft, es fehlt eine verlässliche, flächendeckende PCR-Test-Infrastruktur. Die Folgen sind fatal: Schulschließungen haben negative Auswirkungen auf die weitere Bildungslaufbahn, wie Mario Steiner vom IHS erhoben hat. So gingen nicht nur 3.800 Schüler*innen beim Übertritt von Sekundarstufe I auf Lehre bzw. Sekundarstufe 2 aus dem Bildungssystem verloren, sondern es erhöhte sich auch der Anteil der benachteiligten Schüler*innen durch den Fernunterricht massiv.²

Lehrlinge und Berufsschulen

Im Bereich der Lehre und in den Berufsschulen wurde ebenso wenig ein Fokus gesetzt wie bei der Elementarpädagogik. So sank der Anteil der Jugendlichen, die nach Abschluss ihrer Schullaufbahn in eine betriebliche Lehre wechselten um 8,4 Prozent³. Und gerade Berufsschulen, die ja einem anderen Rhythmus folgen als alle anderen Schultypen, waren durch Corona in ihrer Unterrichtstätigkeit besonders betroffen. Damit verloren Lehrlinge in mehrfacher Hinsicht besonders stark. Zuerst bei den Lehrabschlussprüfungen, wo sie durch die Verzögerungen in Folge von Corona am Beginn der Pandemie schlechtere Voraussetzungen für ihr weiteres berufliches Fortkommen vorfanden. Durch die Schließung zahlreicher Ausbildungsbetriebe, war die so wichtige Praxisausbildung nur eingeschränkt möglich. Dadurch war an den Berufsschulen eine besondere Situation gegeben, die das Lernen, insbesondere wenn es geblockt passieren sollte, generell erschwerte. In Summe also: Eine lose-lose-Situation für die Lehrlinge und die Betriebe.

Hochschulen und Universitäten

Das Studium ist für viele junge Menschen der Einstieg in das Erwachsenwerden – erste eigene WG oder Wohnung, neue Stadt, an der Uni Menschen kennenlernen und Freund*innen finden, Party machen oder aber auch ins Ausland gehen, um Erfahrungen zu machen. Das sind die Dinge, die vielen Menschen in den Sinn kommen, wenn sie an Studierende denken. Das ist ein Bild, das zwar in Teilen stimmen mag, ganz viele Aspekte jedoch ausblendet, wie sozio-ökonomische Schwierigkeiten vieler Studierender, prekäre Arbeitsbedingungen, hohe Fixkosten, oder aber auch hohe Belastung durch Mehrfachbeschäftigungen neben dem Studienbetrieb. All diese Dinge haben sich in der Pandemie verschärft. Die Autonomie wurde dabei oftmals als Ausrede für fehlende Vorgaben und Initiativen des Bildungsministers vorgeschoben. Auch soziale Fragen verschärften sich zunehmend, fehlten doch gerade Student*innenjobs, die vielleicht schon zuvor besonders schlechte Bedingungen geboten hatten, in der Krise überhaupt – während die Fixkosten blieben. Und auch hier gilt: Die Studierenden hat man vergessen und das nicht erst seit der Covid-Krise.

Nachdem sich vergangene Woche die Länder gegen Schulschließungen ausgesprochen haben⁴, zeigt jetzt auch eine Studie unter Lehrpersonen, dass diese sich mehrheitlich gegen weitere Schließungen von Schulen aussprechen⁵. Zugleich stellen sie dem System aber ein verheerendes Zeugnis aus. So wurde neben einer allgemeinen Verschlechterung nach dem Schulnotensystem auch ein höherer Arbeitsaufwand, „verlorene“ Schüler*innen und fehlende Möglichkeiten der Interaktion beklagt.

² <https://orf.at/stories/3220262/>

³ Ebd.

⁴ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211125_OTS0189/laender-und-bund-bekennen-sich-zu-offenen-schulen

⁵ <https://www.tt.com/artikel/30806933/lehrer-fuer-offene-schulen-und-mit-hartem-urteil-ueber-system>

Die Zukunft ist auf Bildung gebaut – sie ist für Kinder und Jugendliche zu wichtig, um sie so sträflich zu vernachlässigen. Dass nach eineinhalb Jahren Krise bis heute keine tauglichen Konzepte auf dem Tisch liegen zeigt: diese Regierung scheint kein Interesse an der Lösung von Problemen zu haben, sondern hat die Pandemie vor allem für eins genutzt: für PR und Eigenwerbung.

Weil viele Fragen offen sind und viel Unklarheit zu Verunsicherung führt, die für Kinder und Jugendliche, Eltern sowie Lehrpersonal unzumutbar ist, stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgende

Dringliche Anfrage

- 1) Aus welchem Grund haben Sie bzw. Ihr Ressort nicht aus den Fehlern des vergangenen Jahres gelernt, sondern zahlreiche davon auch diesen Herbst wiederholt?
- 2) Welche konkreten Analysen zu den Auswirkungen der Coronamaßnahmen an Schulen wurden in der Vergangenheit von Ihrem Ressort durchgeführt und was waren Ihre Schlüsse daraus?
- 3) Wie hat sich das Bildungsministerium auf den Herbst 2021 vorbereitet? Nennen Sie bitte die konkreten Maßnahmen.
- 4) Sind Sie bzw. Ihr Ressort bei den Planungen davon ausgegangen, dass die Pandemie bereits vorüber sein wird?
- 5) Wen binden Sie in die Entscheidungen betreffend Corona in Ihrem Haus ein? Nennen Sie bitte den Personenkreis so detailliert wie möglich.
- 6) An welcher Stelle sind Schüler*innenvertretungen, Elternvertreter*innen und Vertreter*innen von Lehrer*innen sowie Elementarpädagog*innen in Ihre Beratungen eingebunden?
- 7) Wie oft tagt diese Runde in welcher Zusammensetzung und in welchen Fällen hat diese Sie bereits in Ihren Entscheidungen beraten?
 - a. Wie gehen Sie mit diesen Empfehlungen um?
 - b. Halten Sie sich an die Empfehlungen der Expert*innen?
- 8) Hatten Sie als Bundesminister in der Frage des Umgangs mit Schulschließungen und anderen Bildungseinrichtungen seit Beginn der Corona-Krise Dissens mit Ihren Regierungskolleg*innen?
 - a. Wenn ja: Bei welchen Themen gab es unterschiedliche Herangehensweisen?
 - b. Wenn ja: Mit welchem Regierungsmitglied gab es konkret Dissens und in welchem konkreten Punkt?
 - c. Wenn ja: Welcher Zugang hat sich letztlich durchgesetzt?
- 9) Warum wird die Entscheidung zur Teilnahme am Unterricht zu den Schüler*innen bzw. den Eltern verlagert?
 - a. Warum werden diese Entscheidungen nicht an den Schulstandorten in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden getroffen?
 - b. Warum übernehmen Sie keine Verantwortung für eine klare Regelung?
 - c. Welche Inzidenz muss in einer Schule vorliegen, sodass diese komplett auf „Distance Learning“ umgestellt wird?
- 10) Welche Pläne werden von Seiten des Bildungsministeriums getroffen, um auch in zukünftigen Lockdowns einen Schulbetrieb zu garantieren?
- 11) Was geschieht mit jenen Kindern, die nach zwei Jahren im außerordentlichen Status aufgrund von Corona den MIKA-D-Test nicht schaffen bzw. geschafft haben?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- 12) Sind bei Ihnen Laufbahnverluste zu befürchten und wenn ja, wie werden Sie diese verhindern bzw. dafür sorgen, dass diese Schüler*innen nicht ohne Pflichtschulabschluss aus dem Schulsystem austreten?
- 13) Welche Vorbereitungen wurden von Ihrer Seite in den vergangenen Monaten unternommen, um die Schulen auf den derzeitigen Lockdown vorzubereiten?
- 14) Wieso ist man der Empfehlung von Expert*innen und den Vorschlägen der SPÖ nicht nachgekommen, drei Mal pro Woche flächendeckend in ganz Österreich PCR-Testungen zum Einsatz zu bringen?
- 15) Wieso ist man der Empfehlung von Expert*innen und den Vorschlägen der SPÖ nicht nachgekommen, flächendeckend Luftfilteranlagen in allen Klassenräumen einzubauen?
- 16) Wie viel Prozent der bestellten Laptops sind bereits an Schüler*innen ausgegeben worden? Führen Sie bitte die Gesamtzahl der Bestellungen, der ausgegebenen Geräte sowie die prozentuale Abdeckung jeweils pro Bundesland an.
- 17) In wie vielen Fällen wurden Familien bisher vom Selbstbehalt der Laptops und Tablets befreit?
- 18) Ist Ihrerseits geplant zukünftig nach dem Vorbild der Schulbuchaktion kostenlos Laptops für alle Schüler*innen und Schüler anzuschaffen und damit einhergehend das Schulsystem ein Stück weit moderner zu gestalten?
 - a. Wenn ja: Bis wann werden Sie dem Parlament eine Gesetzesvorlage zuleiten mit der dieser Schritt gesetzt werden soll?
 - b. Wenn ja: Wie hoch schätzen Sie bzw. Ihr Ressort die Kosten?
 - c. Wenn nein: Warum nicht?
- 19) Ist Ihrerseits geplant zukünftig nach dem Vorbild der Schulbuchaktion kostenlos auch die Software etwaiger Laptops für alle Schüler*innen und Schüler zur Verfügung zu stellen, sind die Selbstbehalte für viele Eltern doch eine große Hürde?
 - a. Wenn ja: Bis wann werden Sie dem Parlament eine Gesetzesvorlage zuleiten mit der dieser Schritt gesetzt werden soll?
 - b. Wenn ja: Wie hoch schätzen Sie bzw. Ihr Ressort die Kosten?
 - c. Wenn nein: Warum nicht?
- 20) Wieso hat man die Gelegenheit des EU-Recoveryfonds nicht genutzt um die digitale Infrastruktur von allen Schulstandorten Österreichs, im Besonderen jener im ländlichen Raum, zu verbessern?
- 21) Besitzen alle Schulen eine geeignete WLAN-Versorgung, damit die Schüler*innen ihre Laptops auch in der Schule benutzen können?
 - a. Wenn nein: In wie vielen Schulen ist das nicht der Fall? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern.
- 22) Wie viele Schulen wurden seit Präsentation des 8-Punkte-Plans zur Digitalisierung an Schulen mit Basis IT-Infrastruktur (dazu zählen laut Punkt 6 des Plans eine auf Glasfaser basierende, performante Breitbandanbindung am jeweiligen Schulstandort sowie eine leistungsfähige und ausreichende WLAN-Versorgung in den einzelnen Unterrichtsräumen) versorgt?
- 23) Welche Maßnahmen werden von Ihrer Seite zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Jugendlichen geplant?
- 24) Wie viele Schüler*innen kommen auf einen/eine Schulpsycholog*in bzw. Schulsozialarbeiter*innen?
 - a. Gibt es Pläne, die Schüler*innenzahl pro Schulpsycholog*in bzw. Schulsozialarbeiter*in zu verringern?
 - b. Ist die Einrichtung weiterer niederschwelliger Angebote zur Steigerung der psychischen Gesundheit geplant?

- 25) Berufsschulen haben bisher vom Förderstundenpaket nicht profitiert. Welche Initiativen setzten Sie zur besseren Unterstützung von Lehrlingen z.B. in Form von Verbesserungen der Situation an Berufsschulen?
- 26) Inwieweit werden Berufsschulen vom Bildungsministerium hinsichtlich der Pandemiebekämpfung kontrolliert?
- 27) Gibt es seitens der Berufsschulen, der Bildungsdirektionen und des Bildungsministeriums Kontakt zu den Lehrbetrieben, um diese schwierige Situation zu bewältigen?
- 28) Inwieweit wurden die Sozialpartner*innen und Berufsschulen im Vorfeld der Coronamaßnahmen an Schulen eingebunden?
- 29) Wie viele Stunden Unterricht sind durchschnittlich im Kontext von Quarantänefällen an Berufsschulen in den Jahren 2020 und 2021 ausgefallen?
- 30) Welche Pläne hat das Ministerium betreffend der durch COVID19 ausgefallenen Stunden bzw. Schultagen für BerufsschülerInnen parat, um ihnen die Möglichkeit zu geben, diese nachzuholen?
- 31) Welche Maßnahmen werden von Ihrer Seite eingeleitet, um Lerndefizite aufzuholen, welche durch das mögliche Fernbleiben des Unterrichts entstanden sind?
- 32) Wie viele Klassen bzw. Schüler*innen befinden sich derzeit in Distance Learning, wie viele in Präsenzunterricht? Wie viele Klassen bzw. Schüler*innen befinden sich aktuell in Quarantäne?
- 33) Gibt es für SchülerInnen im Distance Learning Möglichkeiten, Schularbeiten und Tests beizuwohnen? Gibt es hierzu auch offizielle Regelungen?
- 34) Wie viele Berufsschüler*innen haben sich für Distance Learning entschieden und nicht am Präsenzunterricht teilgenommen?
- 35) Gibt es mittlerweile genauere Vorgaben für Distance Learning? Anweisungen an LehrerInnen?
- 36) Welche Impfangebote werden konkret für Schüler*innen und Lehrlinge angeboten?
- 37) Was sind die Kriterien nach denen Sie entscheiden, ob die Schulen Präsenz- oder Distanzunterricht haben? Listen Sie diese bitte inkl. einer möglichen Gewichtung konkret auf.
- 38) Ab welchem Zeitpunkt wird der Distanzunterricht aufgehoben und zu einem regulären Schulbetrieb zurückgekehrt? Welche Kriterien ziehen Sie für diese Entscheidung heran und wer berät Sie in diesen Fragen?
- 39) Ab welchem Zeitpunkt wird der Präsenzunterricht aufgehoben und auf Distance Learning umgestellt?
- 40) Liegen Ihnen Zahlen vor, wie viele Kinder und Jugendliche das Bildungssystem in Folge von Corona und den damit einhergehenden Maßnahmen ohne einen Abschluss verlassen haben?
 - a. Wenn ja: Wie viele Schulabbrüche gab es nach Schultyp und Bundesland in den Jahren 2020 und 2021?
 - b. Wenn ja: Werden Sie diese als Basis einer Evaluierung heranziehen, um in Zukunft Situationen wie die aktuelle zu vermeiden?
- 41) Welche Initiativen werden Sie setzen, um jene Kinder und Jugendlichen, die auf Grund der Krise das Bildungssystem verlassen haben, wieder in das Bildungssystem hereinzuholen?
 - a. Welches Budget steht 2021 und 2022 für diese Initiativen zur Verfügung?
- 42) Welche Initiativen werden Sie setzen, damit jedes Kind nachhaltige individuelle pädagogische Zuwendung bekommt, um die Schwierigkeiten, die sich durch Covid19 ergeben haben, ausgleichen zu können?
- 43) Aus welchem Grund haben Sie die vorgeschlagenen Präventionskonzepte der SPÖ nicht verfolgt bzw. die Schulen und Hochschulen nicht coronasicher gemacht?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- 44) Werden Sie sich für eine bundesweit einheitliche Regelung (Bundesrahmengesetz) für die Beschäftigung von Elementarpädagog*innen und Assistent*innen/Helfer*innen/Betreuer*innen einsetzen?
- Wenn ja: Haben sie diesbezüglich bereits Gespräche mit den Ländern aufgenommen?
 - Wenn ja: Bis wann werden Sie dem Parlament einen Gesetzesvorschlag zuleiten?
 - Wenn ja: Welche Schwierigkeiten sehen Sie auf dem Weg zur Realisierung eines derartigen Rahmengesetzes?
- 45) Welche Maßnahmen werden Sie weiters setzen, um den Forderungen der Elementarpädagog*innen vom Herbst 2021 nachzukommen?
- 46) Werden Sie Maßnahmen setzen, um die Schaffung von flächendeckenden und ganztägigen Kindergartenplätzen zu unterstützen?
- Wenn ja: Wie und bis wann?
 - Wenn nein: Warum nicht?
- 47) Aus welchem Grund haben die Held*innen der Krise im Bildungsbereich bis heute keinen Corona-Bonus erhalten?
- 48) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Sie jetzt endlich für ihren Einsatz die dringend notwendige finanzielle Anerkennung bekommen?
- Wenn nein: Warum nicht?
- 49) Können Sie Schulschließungen vor Weihnachten, wenn diese nicht gerade auf Grund von akuten Infektionen vor Ort geschehen, ausschließen?
- 50) Werden Sie Schulen schließen, wenn parallel dazu Schigebiete offen haben und dort Pisten- und Hüttengaudi stattfindet?
- 51) Wie viele zusätzliche Plätze an ganztägigen Schulformen sollen bis 2025 geschaffen werden?
- 52) Wie viele zusätzliche Plätze an ganztägigen Schulformen sollen bis 2033 geschaffen werden?
- 53) Sie haben vergangenes Jahr angekündigt, dass die Abrechnung der Homeoffice-Zeiten jener Lehrpersonen, die auf Grund von Vorerkrankungen nicht in den Schulen tätig sein können, über die Arbeitnehmer*innenveranlagung geschehen soll, um keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Schulstandorte entstehen zu lassen. Jetzt sind die Direktionen von Ihnen angehalten worden, die Abrechnungen zu machen: Wie erklären Sie den ohnehin bereits geforderten Schulleitungen dieses Vorgehen und weshalb sind Sie hier von Ihrer angekündigten Vorgehensweise abgegangen?
- 54) Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, die Zeit des Lockdowns nicht im Rahmen des Lehrplans, sondern zur Wiederholung bereits vermittelter Inhalte zu nutzen, wie von SPÖ Bildungssprecherin Vorderwinkler vorgeschlagen?
- 55) Viele Studierende beklagen den mangelnden Informationsfluss an sie, vor allem bezüglich der Planbarkeit von Präsenz-/Distanzlehre. Wie ist der weitere Plan mit den Hochschulen während der Corona-Krise?
- Welche konkreten Maßnahmen sind für die Hochschulen und die Studierenden geplant?
 - Wird es einen genauen Plan geben bezüglich Präsenz- und Distanzlehre? Wenn ja: Welche Punkte wird der Plan enthalten?
 - Wie wollen Sie den Informationsfluss an Studierende verbessern?
- 56) Werden die Hochschulen wieder schließen müssen, nachdem die Impfpflicht eingeführt sein wird?

- a. Wie viel Prozent der Studierenden müssen geimpft sein, damit das nicht passiert?
- 57) Warum wurden vonseiten des BMBWF nie Hilfen für Studierende -abseits einer kleinen Finanzspritze für den ÖH-Topf - angeboten?
- a. Werden in Zukunft Hilfen für Studierende angeboten? Wenn ja: Welche und bis wann?
- 58) Studierende haben eine vergleichsweise hohe Durchimpfungsrate und sind bereits seit März 2020 fast durchgehend im Distance Learning. Abseits kleinerer Erleichterungen bei den Beihilfen gab es keine Anerkennung oder Hilfestellung für Studierende. Wieso nicht?
- a. Ist eine Anerkennung oder Hilfestellung in Planung? Wenn ja: Wie werden ebenjene gestaltet sein?
- 59) Wurde an den Universitäten und Fachhochschulen dafür Sorge getragen, dass entsprechende finanzielle Mittel für die Infrastruktur bzw. zur Umsetzung von Lehr- und Prüfungsformaten im Distance Learning vorhanden sind?
- 60) In welcher Form ist geplant, in den Leistungsvereinbarungen die Umsetzung eines hybriden Lehrangebotes zu belohnen?
- 61) Welche Erfahrungen wurden im Bereich der Prüfungsdurchführung und Prüfungsaufsicht im Video-Modus gemacht und welche Arten der Prüfungsdurchführung haben sich als positiv herausgestellt?

Unter einem wird in formeller Hinsicht verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 61 Abs. 3 GO-BR vor Eingang in die Tagesordnung dringlich zu behandeln.